

ver.di rückt ein kleines Stück nach links – der Kongress stimmt in wesentlichen Fragen gegen das Votum der Antragskommission

Vom 22.-28.9. tagte in Leipzig der 5. ver.di-Bundeskongress. Im Mittelpunkt standen nicht nur die Wahlen und hier vor allem die Wahl des Nachfolgers von Frank Bsirske, sondern auch die Beratung von mehr als 1000 Anträgen, darunter auch welche, die den Umgang mit der AfD, dem Klimawandel sowie ver.di-Positionierungen zur Leiharbeit, zum Mindestlohn, zur Anhebung des Rentenniveaus bzw. zum Renteneinstiegsalter, der Frage eines Israel-Boykotts oder des Zeitraums der Wahlperioden zum Thema hatten.

Naturgemäß stützt sich die Medienlandschaft bei Kongressen oft auf Personen bzw. auf die Wahlergebnisse, die diese erreicht haben. Es ist unumgänglich, dass in diesem Artikel auch hierauf eingegangen wird, hat der ehemalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske doch seit seinem Amtsantritt vor 18 Jahren die Organisation und die gewerkschaftspolitische Landschaft in Deutschland entscheidend mitgeprägt. Deshalb nahm seine Verabschiedung, nach einem letzten vom ihm gehaltenen zweistündigen Rechenschaftsbericht, auch breiten Raum ein und geriet sehr emotional, was man auch, als der Applaus nicht enden wollte, an seinen Worten „Macht es mir nicht zu schwer“ messen konnte.

Schon bei der Gastrede des Bundespräsidenten Steinmeier am Sonntag hatte dieser erwähnt, dass Frank Bsirske ver.di war und ver.di Frank Bsirske. Steinmeier erwähnte in seiner Rede auch Reibungspunkte in der Vergangenheit und nannte hier, rückblickend auf seine damalige Funktion, beschönigend den Begriff der „Großen Arbeitsmarktreformen“ anstelle der Hartz IV-Gesetze, sprach aber auch davon, dass Deutschland ohne ver.di und ohne Frank Bsirske den Mindestlohn wahrscheinlich noch nicht hätte. Großen Anklang bei den Delegierten fand übrigens eine Aktion der ver.di-Jugend, die mit Rettungswesten angezogen, beim Einzug des Bundespräsidenten auf das Sterben von Geflüchteten im Mittelmeer aufmerksam machte.

In der Aussprache zum Rechenschaftsbericht wurde vielfach gefordert, dass ver.di kämpferischer sein sollte. Hier wurde eine Parallele zum erfolgreichen Kampf an den Unikliniken Düsseldorf und Essen gezogen. Bemängelt wurde auch das abrupte Ende der Aufwertungskampagne im Sozial- und Erziehungsdienst im Jahre 2015. Positiv hervorgehoben wurde, dass sich ver.di aktiv bei den Demonstrationen von Fridays for future eingebracht hat. Gefordert wurde, die soziale Frage mehr in den Vordergrund zu stellen und diesbezüglich auch Visionen zu entwickeln. ver.di dürfe sich im Rahmen von Umorganisationen wie „Perspektive ver.di wächst“, wegen „Umbau geöffnet“ oder „Baustelle Zukunft“ nicht so viel mit sich selbst beschäftigen, sondern müsse attraktiv sein für neue Mitglieder, indem die Organisation wieder mehr zu einer kämpferischen Gewerkschaft würde.

Vorhersehbare Ergebnisse bei den Wahlen

Die durchgeführten Wahlen zum Bundesvorstand brachten nur wenige Überraschungen. Frank Werneke, der ehemalige Stellvertreter von Frank Bsirske, wurde mit einem sehr guten Ergebnis von 92,7 % gewählt. Zu seinen Stellvertreterinnen wurden mit 91,47 % Andrea Kocsis (u.a. zuständig für Fachbereich 10 und Senior*innen) und mit 91,05 % Christine Behle (u.a. zuständig für die Fachbereiche 4, 6, 7, 11 und 13 sowie Arbeiter*innen und Beamt*innen) gewählt. Zu weiteren Mitglieder des auf 9 Köpfe geschrumpften Bundesvorstands wurden Karin Hesse (80,76 %, zuständig für Personal), Dagmar König (77,22 % zuständig für Sozialpolitik und Erwerbslose), Christoph Meister (89,63 %, zuständig für die Finanzen und die Bildungszentren), Sylvia Bühler (91,71 %, zuständig für die Fachbereiche 3 und 5 sowie die Jugend), Stefanie Nutzenberger (61,58 %, zuständig für den

Fachbereich 12) sowie Christoph Schmitz (96,64 %, zuständig für die Fachbereich 1, 2, 8 und 9 sowie Selbstständige und Meister*innen, Techniker*innen und Ingenieur*innen) gewählt. War das relativ schlechte Ergebnis für Stefanie Nutzenberger, der eine wenig kooperative Führungskultur nachgesagt wurde und welches auch möglicherweise einer Diskussion im Vorfeld des Bundeskongress um eine ausgesprochene Abmahnung gegen einen Gewerkschaftssekretär geschuldet war, noch wenig überraschend, sorgte das Ergebnis für Christoph Schmitz als ehemaligen Pressesprecher der ver.di-Bundesverwaltung und früheren Redakteur der Rheinischen Post in Düsseldorf, der BILD-Zeitung und Leiters der Pressestelle der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für Verwunderung. Dazu gehörte auch, dass er auf dem Bundeskongress fast wie ein Popstar gefeiert wurde.

Gewählt zur neuen Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates wurde Martina Rößmann-Wolf aus dem Bezirk Düssel-Rhein-Wupper. Sie war die Wunschkandidatin ihrer Vorgängerin und langjährigen Gewerkschaftsratsvorsitzenden, Monika Brandl.

Tlw. sehr kontroverse Antragsberatung

Die ersten Kontroversen zeigten sich bei der Beratung zum Antragblock „gute Arbeit und gute Dienstleistungen.“ Zwei Änderungsanträgen zum relativ harmlosen Leitantrag, die die Forderung auf Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bzw. die Forderung, dass eine Verkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich breit in ver.di diskutiert werden sollte, hatte die Antragskommission, die, wie der Kongressverlauf später zeigte, oftmals nicht gut vorbereitet war und ihre Empfehlung nach Diskussion in der Konferenz ändern musste, eine Absage erteilt. Der letztgenannte Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit beschlossen. Ca. 30 Anträge hatten alleine die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, darunter viele auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich zum Ziel. Es ist ein Erfolg dieses Kongresses, dass es gelungen ist, die Arbeitszeitfrage wieder ins Zentrum gewerkschaftlichen Handelns zu rücken. Wie wichtig den Delegierten dieses Thema war, zeigte auch eine vom Arbeitskreis Arbeitszeitverkürzung Hamburg und dem Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ver.di initiierte Aktion, bei der Delegierte, die Marseillaise summend, Transparente mit der Forderung zu 30 Stunden-Woche, durch den Saal und auf die Bühne trugen.

Auch beim Änderungsantrag, der die langfristige Abschaffung der Leiharbeit forderte, hatte man das Gefühl, dass die Antragskommission die Stimmung im Kongress bzw. die politische Lage im Lande unterschätze. Der Antrag wurde mit 439 zu 390 Stimmen angenommen.

Ca. 20 Anträge forderten eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf eine Zahl im zweistelligen Bereich, viele auf 12 Euro und einige sogar deutlich höher. Mit 512 zu 333 Stimmen abgelehnt wurde ein Antrag, diesen auf 13 Euro zu erhöhen. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, dass sich ver.di dafür einsetzt, dass der Mindestlohn noch in dieser Legislaturperiode auf mindestens 12 Euro angehoben wird.

Im Umgang mit AfD-Mitgliedern wurde u.a. beschlossen, dass ver.di vor Ort aktiv auf diese zugeht und mit ihnen den unauflösbaren Widerspruch zwischen gewerkschaftlicher Solidarität und rechtspopulistischem/-extremistischem Weltbild erarbeitet. Mitglieder, die sich aktiv in darin betätigen, sollen im Rahmen der satzungsmäßigen Möglichkeiten ausgeschlossen werden.

Im Gegensatz zur Empfehlung der Antragskommission (erledigt durch Praxis) wurde als Arbeitsmaterial für den Bundesvorstand und den Gewerkschaftsrat ein Antrag beschlossen,

der die gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung sozialer, personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungen forderte. Gegen die Empfehlung der Antragskommission votierte der Kongress dafür, perspektivisch das Rentenniveau auf mindestens 53 % anzuheben und die abschlagsfreie Rente mit 63 zu fordern. Die zunächst zur Ablehnung empfohlene Formulierung, dass der Kongress sich ausdrücklich gegen die geplante Rodung des Hambacher Forsts sowie die generelle Zerstörung von Dörfern und Natur für den Braunkohletagebau ausspricht, wurde von der Basis nicht goutiert. Sie sprach sich dagegen aus. Auch der Verschiebung der nächsten Organisationswahlen bzw. der Verlängerung der Wahlperiode von 4 auf 5 Jahre erteilte der Bundeskongress nach tlw. hitziger Diskussion eine Absage. Dies alles zeigt, dass die Delegierten selbstbewusst ihre Meinung vertraten und dem Votum der Antragskommission in entscheidenden Dingen nicht folgten.

Am letzten Tag blieben fast 100 Anträge übrig, die abschließend an den Gewerkschaftsrat überwiesen wurden, darunter auch ein Antrag der ver.di-Jugend, dass ver.di sich von den Kampagnen BDS und F.OR. Palestine distanzieren solle.

Alles in allem war der Bundeskongress in vielen Teilen ein Beleg dafür, dass die Basis sich nicht alles gefallen lässt und nicht immer dem vorgeschlagenen Votum folgt.

Noch ein paar Zahlen zum Schluss: Von den 1003 geladenen Delegierten waren 527 weiblich. Bei der Vorstellung des Berichts der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission waren 932 davon anwesend. Die Zahl der Anwesenden sank bis zum Ende kontinuierlich, was die Endsendegremien mal zur Nachfrage bei ihren Delegierten animieren sollte. 72 Mandate waren Jugendmandate und damit 12 mehr als notwendig. Auch die Seniorinnen und Senioren belegten deutlich mehr Mandate als gefordert (136 statt 80). Die älteste Teilnehmerin, die auch einen sehr guten Redebeitrag im Antragsblock Friedenspolitik hielt, war 88 „jung“, die jüngste 20 Jahre „alt“. Das Durchschnittsalter betrug 53 Jahre, der Durchschnittsbeitrag 32,10 Euro.

Bericht von Jürgen Senge vom 29.10.2019 - wir danken!

Jürgen Senge ist seit 2001 bis auf eine Ausnahme immer Delegierter zum ver.di-Bundeskongress und langjähriges Mitglied im ver.di-Landesbezirksvorstand NRW

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany: Politik » Gewerkschaften » Gewerkschaften in Deutschland » ver.di » Dossier: [Zukunftsgerecht... 5. Ordentlicher ver.di-Bundeskongresses 22. bis 28. September 2019 in Leipzig](#)